

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Winter  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon: 1111

Druck: Rudolf Winter  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon: 1111

Druck: Rudolf Winter  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon: 1111

## Frankreich in Genf in voller Offensive

### Tardieu überreicht ein Memorandum

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 5. Febr. Es ist genau so gekommen, wie man be-  
reits meinte. Frankreich ist heute nachmittag mit einer  
großen politischen Offensive weit vorausgegangen. Am  
Scheid der heutigen Vorkonferenz überreichte der fran-  
zösische Delegationsführer Tardieu dem Präsidenten des  
Völkerbundsausschusses in feierlicher Form eine französische  
Denkschrift, deren Inhalt nach allem, was man hört, die  
schlimmsten Erwartungen übertrifft. Frankreich, das bis an  
die Zähne gerüstete Land, hat die Stirn, einen neuen  
„Sicherheitsvorschlag“ zu unterbreiten, der in jeder  
Einzelheit gegen Deutschland neue Erklärungen und Wehr-  
haltungen gerichtet ist, der aber als Stärkung der  
Völkerbundsmacht und der Völkerbundsidee ma-  
xiert werden soll.

Sur Stunde sind erst Umrisse, allerdings wohl die wich-  
tigsten Umrisse des französischen Vorschlages bekannt. Einzel-  
heiten können weiter aus politischen und technischen Kanälen  
durch.

Die Bundesgenossen Frankreichs hat man rechtzeitig  
informiert, während die deutsche Delegation immer  
noch kein Exemplar der Denkschrift erhalten hat. Eine  
ganz ungewöhnliche Bräuterei!

Frankreich kehrt in der Denkschrift zu den Grundgedanken  
des berühmten Genfer Protokolls vom Jahre 1921 zu-  
rück, das den einzigen Zweck hatte, die Außerirdischen-  
verträge für alle Zeit international zu garantieren und  
jedem, der an sie rühren sollte, als Friedensstörer und Feind  
der Menschheit zu brandmarken. Nichts soll in diesem  
neuen Protokoll fehlen, weder ein genau ausgearbeiteter  
Sanktionsplan, noch die gemeinsame Völker-  
bundsmacht, noch die antideutsche Ziel-  
setzung dieser neu zu schaffenden internationalen Organi-  
sation. Es wirkt lächerlich, aber es ist doch wahrhaftig, daß  
Frankreich diesen Völkerbund, der jedoch keine völlige  
geistige und willensmäßige Impotenz im fernöstlichen Kom-  
plex bewiesen hat, ein Verschönerungsrecht über die  
jüngsten internationalen Streitkräfte, im Kriegsfall wichtige  
Nachschubkräfte, verschaffen will, deren Ausbau es bei Deutsch-  
land fürchtet.

Wichtiglich rücken sich die französischen Vorschläge, so-  
weit See- und Luftfahrzeuge in Betracht kommen, nicht  
nur gegen Deutschland, sondern auch gegen  
England.

Bescheidend ist nur, daß die stivile Luftfahrt inter-  
nationalisiert werden soll, während die Kampf-  
geschwader Frankreichs frei bleiben würden. Schließlich  
werden gewisse, besonders kampfsfähige Teile der Wehr-  
macht der außerirdischen Staaten, die Deutschland leben, an-  
scheinend völkerrechtlich getrennt, um sie aus den  
Rückführungsverträgen herauszubalten.

Man wird natürlich den Wortlaut des Memorandums  
erst genau kennen und studieren müssen, um all die Fall-  
stricke zu entdecken, die dieser „konstruktive“ Plan zweifellos  
enthält. Es ist zugleich wohl auch sicher, daß vieles, wenn  
nicht das meiste, nicht völlig ernst, sondern nur verhand-  
lungstaktisch, wenn nicht überhaupt als bluff gemeint ist,  
wie im Mai vorigen Jahres schon Frankreichs  
„konstruktiver Gegenplan“ gegen die Vorkonferenz.

Das aber ist eben nicht das Entscheidende. Frankreich  
schafft sich wieder Verhandlungssporngelände, auf dem  
es manövrieren und Deutschland dabei auch  
manövrieren kann.

Es geht großartig um Anstift über, drängt und geistig  
zurück und lenkt die Welt von seinen übermächtigen  
Rückführungen und von seinem schmachvollen Vertragsbruch in

der Abrüstungsfrage ab. Es wirft dem Kongreß einen  
Knochen hin, an dem er sich die Zähne ausbeißt kann. Zu-  
gleich spielt Frankreich sich denkerisch als Träger der  
wahren Völkerbundsidee auf und schiebt den anderen  
Mächten — England und Deutschland vor allem — das  
Odium der Ablehnung seiner Friedensvorschläge zu,  
womit die Fortdauer seiner Abrüstungspolitik dann gerech-  
fertigt werden soll. Gleichzeitig scheint es die Vereinigten  
Staaten damit über Haupt von der Abrüstungskonferenz  
verdrängen zu wollen. Natürlich sind auch einige populäre,  
politisch klingende Anregungen in der Denkschrift ent-  
halten, durch die man in gewohnter geschickter Weise  
Wundergesellen werden will.

Angesichts dieser französischen Offensive erhält die  
Rangiererei nach Genf natürlich eine ganz be-  
sondere Bedeutung. Es muß jetzt völlig aus-  
geschlossen sein, daß Fröning etwa eine schwache, unklare  
oder gar keine Rede hält, wie es nach der jüngeren  
Berichten ursprünglich geplant sein soll, so unwahrscheinlich,  
ja unmöglich eine solche Absicht hier in Genf erscheint.

Inzwischen werden weitere Einzelheiten des Tardieu-  
Memorandums bekannt, die den oben geschilderten Eindruck  
verstärken. Wir veröffentlichen sie auf Seite 2.

### Die Wahl der Vizepräsidenten

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonder-  
berichterstatter

Genf, 5. Febr. Die Wahl der Vizepräsidenten  
in öffentlicher Versammlung des Völkerbundsausschusses,  
aber mit geheimer Stimmabgabe, verlief heute nachmittag weniger  
aufregend, als man allgemein gedacht hatte. Nach einigen  
Normalitäten begann der Wahlakt gleich nach Beginn der  
Tagung. Jede Delegation mußte auf einen Zettel die  
Namen von 14 Vizepräsidenten schreiben. Gewählt waren  
die Vertreter der 14 Völker, die die meisten Stimmen auf  
sich vereinigten. Die perlonellen Klippen hatte man also  
dadurch umschifft, daß man nur Länder mit Namen  
wählte. Das Ausschließen bauerne lange. Dann veränderte  
der Präsident das nachstehende Resultat. Von den 54 an-  
wesenden und mitstimmenden Delegationen haben erhalten:

Frankreich 54, Italien 54, Großbritannien 54, die  
Vereinigten Staaten von Amerika 52 und Deutsch-  
land 50 Stimmen, ferner Schweden 48, Japan  
47, Spanien, Argentinien, Belgien und die Sowjet-  
union 38 Stimmen, die Tschechoslowakei und Polen  
33 und Desterreich 32 Stimmen.

Es sind also die Großmächte innerhalb und außerhalb  
des Völkerbundes sowie die Vertreter gewisser Staaten-  
gruppen gewählt, so Schweden für die nordischen Staaten,  
Argentinien für Südamerika. Am besten schneidet noch der  
französische Block trotz nur Teil geringer Stimmen-  
zahl ab, da er außer Frankreich noch drei Völker:  
Belgien, Polen und die Tschechoslowakei durch-  
gebracht hat. Ein kleines Pflaster ist dafür die knappe Wahl  
Desterreichs. Anmahnung ist also durchgefallen, und mit  
ihm der ehrgierige Titelschub, den die französische Regie zum  
ersten Vizepräsidenten und Stellvertreter des Kongreß-  
präsidenten machen wollte. Der Kampf ist aber nur ver-  
tagt, denn vermutlich wird man sich nur um so mehr be-  
mühen, Titelschub zum Präsidenten der politischen  
General-Kommission zu machen, ein Platz, der in  
Paris eigentlich Venedic zugedacht war, und man wird  
an seiner Stelle Venedic unter den Vizepräsidenten nach  
Möglichkeit eine Rolle im französischen Sinne spielen lassen.

## Wichtige Entscheidung des Reichswehrministers

### Nationalsozialisten zur Reichswehr zugelassen

Berlin, 5. Februar. Wie wir von unrichtigster  
Seite erfahren, hat der Reichswehrminister die Bestimmung  
aufgehoben, wonach Nationalsozialisten nicht als  
Rekruten in das Heer bzw. in die Marine auf-  
genommen werden dürfen. Gemaltene Nationalsozialisten  
können also nunmehr als Rekruten eingezogen werden,  
müssen aber selbstverständlich auf jede politische Betätigung  
verzichten.

In dieser Maßnahme kommt bezeichnend eine neuerliche  
Anerkennung der Realität der NSDAP zum Ausdruck.  
Sie ist die seit einiger Zeit erwartete Folge der Verhand-  
lungen zwischen Hitler und dem Reichswehrminister. Nach  
dieser bedeutsamen Wendung in der Haltung der obersten  
Reichsstelle wäre es noch unerträglich als bisher, wenn in  
der Frage der Einbürgerung Hitlers von der Landes-  
seite noch Schwierigkeiten gemacht würden.

### Stahlhelm für Einbürgerung Hitlers

Berlin, 5. Febr. Wie die Presse heute des Stahl-  
helms mittelt, beruht in der Bundesführung des Stahl-  
helms die einseitige Auffassung, daß Adolf Hitler, nachdem  
er vier Jahre im Felde als deutscher Soldat geleistet und  
für tapferes Verhalten das Eiserne Kreuz 1. Klasse be-  
kommen hat, damit ohne weiteres die deutsche Staats-  
angehörigkeit besitzen sollte. Bürokratische Auseinan-  
setzungen seien vom Frontsoldatenstandpunkt aus nicht  
würdig.

### Das Thüringer Kabinett nimmt Stellung

Weimar, 5. Febr. Das Thüringer Kabinett beschäftigt  
sich am Freitag mit dem Versuch Friedrichs Diller durch An-  
stellung im Staatsdienst die thüringische Staatsangehörig-  
keit zu verlieren. Über den Verlauf der Sitzung wird  
amlich bekanntgegeben:

„Die Absicht, einem verdienten Frontsoldaten des deut-  
schen Kriegsheeres auch die deutsche Staatsbürgerschaft  
zu geben, betrachtet man als durchaus verständlich. Das  
Staatsministerium bedauert aber die verdeckte und unwür-  
dige Art, mit der seitens des damaligen thüringischen  
Innenministers die Beamtenanstellung Dillers versucht wurde.  
Jedem habe das Vorgehen Dr. Friede einem ausdrücklichen  
am 15. April 1930 gelegentlich der Beantwortung einer  
kleinen Anfrage im Weissen Hof durch den Reichswehr-  
minister, Adolf Diller den Erwerb der thüringischen Staats-  
angehörigkeit dadurch zu ermöglichen, daß sie ihn pro forma  
als thüringischen Staatsbeamten anstelle. Die Staatsregie-  
rung ist einmütig der Auffassung, daß kein Antrag vorliegt,  
gegen die beiden beteiligten Beamten ein Disziplinarver-  
fahren einzuleiten.“

### Wirtschaftskrieg

Neben dem wirklichen Krieg, der Massen unter seinem  
wichtigen Schritt ergittern läßt, ist bereits seit dem Som-  
mer des vorigen Jahres ein anderer Weltkrieg im Gang,  
der mit den unsichtbaren Waffen der Wirtschaftspolitik ge-  
führt wird, in seinen Wirkungen aber nicht weniger  
völkermordend ist. Verblendet durch den Schrecken der  
Krise, fallen die Nationen wie läppische junge Hunde alle  
miteinander über dieselbe Stelle der Weltunterirdischen her,  
wo gierigem Hunger der Knochen „Ausfuhr“ winkt, und  
glauben am besten zu fahren, wenn sie sich darum rauen  
und beißen. Es gibt zwar Wissenschaftler genug, die ein-  
dringlich auf das Unsinvolle dieses Gebarens hinweisen.  
Die Staatsmänner geben einander selbst gute Ratschläge, wie  
schädlich wirtschaftliche Absperrung im nationalen und im  
allgemeinen Interesse ist, aber wenn die Reihe des Han-  
dels an sie kommt, dann blasen sie doch in den schwele-  
nden Brand und entfachen den Funken zur lebendigen  
Flamme. Jeder Tag bringt neue Beweise. Da hat zum  
Beispiel der englische Handelsminister Runc-  
iman, also der für die britische Zollpolitik Ver-  
antwortliche, in der Handelskammer sehr vernünftig er-  
klärt, „nichts könne richtiger sein, als wenn die Völker  
immer nur verkaufen, aber nicht kaufen wollten“. Und  
besonders töricht sei es, den Schuldnerländern Schwierig-  
keiten für ihre Ausfuhr in den Weg zu legen. Also sprach  
Runciman. Zur gleichen Stunde kündigte aber sein  
Kollege, der Schatzkanzler Neville Chamber-  
lain, im Unterhaus Taten an, die die Worte in ihr  
Gegenteil verkehrten. Er legte ein Zollprogramm vor, das  
in seinem Aufbau sogar noch weit über das berüchtigte  
amerikanische Zollsystem hinausreicht. In einem allgemeinen  
Zollsatz von 10 Prozent sollen Sonderzölle in noch un-  
bekanntem Maße kommen und 100prozentige Zulag-  
en für einen beliebigen Völker, die überreicht besondere  
Rolle eingeführt haben, die sich nach Ansicht der britischen  
Meinung vor allem gegen England richten. Damit sind  
natürlich die Palastzölle gemeint, mit denen sich die Länder  
mit hochwertiger Währung, darunter auch Deutschland,  
neben der Palastabumpla der englischen Währungswertung  
und anderer Währungsstütze zu schützen suchen.

Man sieht: Die Maßnahmen und Gegenmaßnahmen  
sehen sich gegenseitig auf; keiner hat Ruhe, aber alle  
haben den Schaden. Die dieser verhängnisvolle Kreislauf auf  
die Schuldnerländer wirkt, das kam gleichzeitig im öster-  
reichischen Nationalrat zum Ausdruck, wo Bundes-  
kanzler Durech mit dem englischen Handelsminister über-  
einstimmend erklärte, man könne bloß mit solchen Staaten  
verhandeln, die einsehen, daß man nur exportieren kann,  
wenn man auch importiert, während er in Uebereinstim-  
mung mit dem englischen Schatzkanzler den englischen  
„analoge Maßnahmen“ zum Schutz der österreichischen Wä-  
rung ankündigte. Alle schleppen sie Steine zum Bau der  
großen Zollmauer herbei, und jeder einzelne vertritt  
sein Tun mit dem Nichtunterlassen des andern. Kaum haben  
die Engländer ihre Propaganda für den ausschließlichen  
Verbrauch eigener Waren unter dem Schlagwort „Buy  
British“ gestartet, da haben ihnen schon die Franzosen eine  
Klitter unter der Denke „Achetez francais“ entgegen.  
Wie gering ist demgegenüber noch die Bewegung für die  
Parole: „Kauft deutsch!“ England schickt seinen Kron-  
prinzen als „Commis voyageur“ des Reiches zur Handels-  
werbung in die Welt, Frankreich läßt auf diesem Zweck ge-  
druckte Briefmarken umlaufen und bewilligt Millionen zur  
Ankündigung seiner Erzeugnisse im Ausland. In Deutsch-  
land gibt es aber immer noch Millionen, die sich von den  
fremden Produkten um ihrer Fremdbild willen nicht trennen  
können, und sogar anstreiche Gemeinden, die in ihren  
Gadewerten noch englische Kohlen verarbeiten, weil sie  
billiger angeboten werden, als die deutschen. Billiger freilich  
nur vom engen Kirchturmshorizont dieser Gemeinden  
aus gesehen; denn irgendwelche deutschen Generalschler  
müssen doch für die Erwerblosenunterstützung der feier-  
nden Arbeiter aufkommen, während die englischen Ar-  
beiter deutsches Geld als verdienten Lohn einstecken.

Nun sagt man, dieses müsse Durcheinander und Gegen-  
einander mit der Folge der gegenseitigen Abwertung der  
Volkswirtschaften in einem Zeitalter, in dem die Fort-  
schritte der Technik ebenso wie die Verbesserung der Ver-  
kehrsverhältnisse im Gegenteil auf Arbeitsstellung hinwirken,  
das sei eben der „dämonische Zug zur Autarkie“. Das  
Wort kommt vom Vorkommnis Dr. Dörmers, der  
damit diese Entwicklung allerdings nicht begründen oder  
rechtfertigen wollte. Ein anderer, dessen Staatsstufen eher  
dem Gedanken der nationalen Autarkie zugeneigt müßte,  
Russkint, hat darüber noch ein härteres Urteil ge-  
spr. „Wir sind im Begriff“, sagte er, „zu den verkommenen  
Stellungen des Mittelalters zurückzufahren; wenn die  
Stellungen auch moderner sind so sind sie, vollkommener-  
maßen gesehen, doch hundertprozentig Mittelalter.“ Darum  
ist es auch falsch, wenn der englische Schatzkanzler bei der  
Ueberrückung seines Zollbuletts erzählt, es sei noch  
„wissenschaftlichen“ Methoden gedungen. Alle diese Zoll-  
rückführungen und Zwillenregulierungen, das System des mo-